

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB stellt
die Frage nach dem strate-
gischen Zentrum der SPD:
Mobilisierung statt Taktik
Seite 1

Helmut Rothmund MdL be-
schreibt, wie sich in
Bayern eine selbstherrli-
che Richtliniendemokratie
etabliert hat: Existenz-
vernichtung politischer
Gegner. Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende der israel-
isch-deutschen Parlamen-
tariengruppe in der Knes-
set, Dov Ben Meir, ant-
wortet Annemarie Renger:
Aus tiefempfundener Über-
zeugung eine überwältigen-
de Einigkeit.

Seite 6

37. Jahrgang / 163

30. August 1982

Mobilisierung statt Taktik

Die Frage nach dem strategischen Zentrum der SPD

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
in der SPD

Seit Monaten hagelt eine Wahlniederlage nach der anderen auf die Sozialdemokratie. Die Umfrageergebnisse sind bedrückend, Mitstreiter im Lande niedergeschlagen. Meinen sollte man, daß in dieser Lage die sozialdemokratische Führungsschicht die Zügel fester faßt. Konzentration auf die politischen Notwendigkeiten der 80er Jahre und Courage zur organisationspolitischen Reform im eigenen Lager drängen sich geradezu auf. Erwartet wird: gegen die Lethargie zu handeln, selbstbewußt und entschlossen auf Politik und Partei einzuwirken und unter Mobilisierung mehr als routinisierte Taktik des Apparats zu verstehen.

Statt dessen aber werden seit Wochen im Bonner Rheintal Sondervorstellungen gegeben. Das Thema ist immer gleich: ständig werden Kabinette, Karrieren und Haushaltsbündel gebastelt und teils abenteuerliche Ratschläge erteilt. So holen einige Sozialdemokraten die inzwischen angestaubten Wimpel der "Großen Koalition" wieder aus der Kiste. Die Union reagierte meist höhnisch. Einige aber wimpeln unentwegt weiter und meinen es bieder. Glauben sie wirklich, daß ausgerechnet auf diese Weise deutsche Politik wieder auf die Beine gelockt werden kann?

Andere drängen dagegen zum Bündnis der SPD mit den "Grünen". Die Meinungen darüber gehen unter den Sozialdemokraten auseinander. Je nach Bundesland und politischer Auffassung taucht gleich eine ganze Reihe abgestufter Umgangstaktiken mit den Grünen auf. Manche halten selbst Tritte ins Rückgrat noch für Denkanstöße; andere sehen in den Grünen eine unberechenbare politische Ansammlung, von politischem Rigorismus, biedermeierlichem Getue und bourgeoisen Mentalitäten durchzogen. Anstatt die eigene Politik weiter zu entwickeln, als SPD dafür zu werben und zu kämpfen, daß



Umweltinvestition, Beschäftigungspolitik und Finanzen zu neuen sozialökonomischen Antworten miteinander verbunden werden, drängen sich taktische Rechnungen in den Vordergrund. Gerechnet wird mit dem Stühle-Schlüssel der Parlamente. Die Preise für politisches Verhalten werden allerdings bei den Wahlen bestimmt.

Schließlich melden sich auch unentwegt diejenigen, die ungerührt meinen, zur SPD/FDP-Koalition gebe es keine Alternative. Von Hessen wollen wir erst gar nicht reden. Unübersehbar und unüberhörbar ist, wie auch andernorts hinter der Tür gemauschelt wird und führende FDP-Funktionäre hochmütig und selbstüberschätzend die Sozialdemokraten behandeln. Das empfinden nicht nur wir, sondern auch diejenigen unter den Liberalen, mit denen wir kollegial verbunden sind. Dieses Bonner Klima, immer weniger über politische Inhalte zu reden und rastlos Kabinettsstriolen zu proben, schürt den Ärger. Mit dem Amtssessel unterm Arm an jeder Tür zu klingeln und zu fragen, ob noch ein Platz frei ist, wirkt auf Sozialdemokraten als Zumutung. Das verletzt die Selbstachtung, unsere Überzeugung und unsere Auffassung von Politik. Mißtrauisch werden wir besonders dann, wenn eine Koalition nicht nur als Regierungsabsprache, sondern mehr noch dazu benutzt werden soll, auf die innere Entwicklung der Sozialdemokraten von draußen einzuwirken. Das gilt von Schwarz bis Grün.

Die ganze Koalitionsspekuliererei spielt sich außerhalb der sozialdemokratischen Führungskörperschaften ab: vorbei am Parteivorstand und der Bundestagsfraktion, vorbei am Parteirat. Natürlich entwickelt sich Politik nicht nur in Vorständen. Aber daß wochenlang ein Sommerbild für die Gazetten geliefert wurde, in dem wir uns kaum noch wiedererkennen, steckt man nicht wortlos ein.

Mitstreiter und politische Freunde, Journalisten fragen heute nach dem "strategischen Zentrum der SPD", wie Schneisen in die Zukunft aussehen sollen, was Politik für morgen sein wird, ob die Partei ihre eigene Organisation renovieren oder ob sie in bürokratischer Verfassung ihrer Apparate steckenbleiben will. Deutlich wird dabei: Auch der Preis der Koalition wird stets bestimmt von der eigenen Stärke, dem eigenen politischen Bewußtsein und dem daraus erwachsenden Handeln.

In der Arbeitnehmerschaft spitzen sich diese Fragen zu. Was morgen aus den Verhältnissen und der Arbeiterbewegung wird, beschäftigt sie mehr als die Rauferei im Sommerloch. Auch sozialdemokratische Arbeitnehmer sind nicht einfach als Hausmacht in Rechnung zu stellen. Wir streiten für die Menschen, aus deren Reihen wir kommen, sind ihnen unverbrüchlich verbunden. Wozu wir geraten und gedrängt haben, beruht auf gesellschaftlichen Erfahrungen und politischen Einsichten:



- Seit Anfang dieses Jahrzehnts drängen wir dazu, die Arbeit der Menschen, die Beschäftigungspolitik, die Folgen der Wirtschaftskrise also, in den Mittelpunkt zu rücken und sich nicht im buchhalterischen Haushalts- und Komponentenstreit zu erschöpfen. In geradezu leichtfertiger Weise haben Institute und politische Stellen die Gefahren der Arbeitslosigkeit unterschätzt. Willy Brandt haben wir in einem Brief unterstützt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund der bevorstehenden Beratungen des Parteivorstandes zu rücken. Es reicht eben nicht, nur Foren, Kommissionen und theoretische Übungen zu veranstalten. Die großen Sozialdemokraten nach dem 2. Weltkrieg haben Arbeit, soziale Geld- und Dienstleistungen als eine Einheit betrachtet. Mit Ressortkästen zu hantieren, war ihnen fremd. Sie haben theoretisch fundiert und praktisch gekonnt, wie man von der RVO-Pfuscherei zur Sozialplanung kommt.
- Sozialdemokraten müssen sich aufraffen und zu einer neuen Strukturpolitik hinführen. Das Salon- und Plüschklima von Großbankern und Vorständlern der AEG kann nicht zum bundesrepublikanischen Muster werden. Das wäre ein Signal für politischen Qualitätsverlust in Deutschland. Daß eine handvoll Leute über Köpfe von hunderttausend Arbeitenden auf ihre Weise Zukunft macht, das mag vielleicht den Markttheoretikern genügen, sozial verantwortlich und wirtschaftlich tüchtig ist das nicht. Die AfA wußte, warum sie eine ganze Bundeskonferenz auf die Strukturpolitik ausgerichtet hat.
- Mit der Organisationsreform und Ihren Münchner Beschlüssen muß die SPD ernst machen. Die betriebstätige Arbeitnehmerschaft drängt auf mehr Mitwirkung und Mitbestimmung in der Politik, will mehr Einfluß auf ihre eigenen Lebensbedingungen. Aufpassen muß man also, daß sich nicht bürokratische Organisationsweisen wie Mehltau auf die Partei legen. Demokratie muß in der Bevölkerung verwurzelt sein und kann nicht von der Professionalisierung der Politik leben.
- Die Politik darf sich nicht, wie in diesen Wochen, in endlosen Koalitionsrechnungen zerfasern. Die SPD darf nicht den politischen Auftrag und vor allem nicht die Tatsache aus dem Auge verlieren, daß sie die einzige politische Kraft ist, die stark genug werden kann, erfahren und kampffähig ist, um gegen die innen- und außenpolitischen Gefahren eines neokonservativen Blocks in der Bundesrepublik anzutreten. Schumacher hat uns beigebracht, gegen den stärksten Gegner zu kämpfen und nicht mit kleiner Münze zu tändeln. Sein Wort, nicht von der Fahne zu gehen, galt stets den Bedingungen, die Demokratie stärken. Er hat es nicht nur als Spruch fürs Dienstzimmer gemeint.

Wir haben ein durch geschichtliche Erfahrung geprägtes Verhältnis zur politischen Macht und denken nicht daran, es durch politische Spielerei aufs Spiel zu setzen. Wir wissen aber auch, wenn politische Macht wirksam und durchsetzungsfähig sein soll, dann muß sie von Dynamik und mutiger Politik erfüllt sein, Ansprüche an die Zukunft stellen und gleichzeitig Courage zum politischen Handeln sein. (-/30.8.1982/hl/ca)

+ + +



Existenzvernichtung politischer Gegner

In Bayern hat sich eine selbstherrliche Richtliniendemokratie etabliert

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der bayerischen SPD und der SPD-Landtagsfraktion

Die Landtagswahlen in Bayern stehen zweifelsohne im Schatten der Wahlentscheidung in Hessen, der wegen des Bundesrats besondere Bedeutung zukommt. Dessen ungeachtet ist die bayerische Landtagswahl schon deswegen von erheblicher Bedeutung, weil Bayern das nach Wählern zweitstärkste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland ist. Diese Übermacht der CSU mit 59 Prozent Stimmenanteil bei der letzten Landtagswahl hat dazu geführt, daß sich im Freistaat eine selbstherrliche Richtliniendemokratie etabliert hat, unerträglicher politischer Druck auf Verbände ausgeübt wird und bei der Anwendung des sogenannten Radikalenerlasses in einer Weise vorgegangen wird, die nicht nur einmalig in der Bundesrepublik ist, sondern zur politischen Einschüchterung junger Leute benutzt wird und letztlich zur Existenzvernichtung politischer Gegner führt.

In Bayern werden von der CSU viele Regelungen nachdrücklich verteidigt, die in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland undenkbar sind. So bildet Bayern das Schlußlicht unter allen Bundesländern in mehrfacher Hinsicht. Nirgends sind die Minderheitenrechte so schwach ausgeprägt wie in Bayern. Vor allem: Nirgends wird die Ausübung parlamentarischer Kontrolle so rigide beschränkt wie in Bayern. Bayern hat das rückständigste, das schlechteste Untersuchungsausschußrecht, das schlechteste Petitionsrecht. Selbst wenn im Bund oder anderen Ländern mit Bayern annähernd vergleichbare rechtliche Regelungen bestehen, ist die Praxis eine völlig andere.

Nahezu alle Länder haben ihr Petitionsrecht reformiert. In Bayern scheitert dies am hartnäckigen Widerstand der CSU. Die bayerische Regierungspartei verfährt nach dem Motto: Was wir an restriktiven Regelungen haben, geben wir nicht auf. Bei Petitionen an den Bayerischen Landtag hat das Parlament weder die Möglichkeit, Aktenvorlage oder unmittelbare Behördenauskunft zu verlangen. Über Petitionen wird in Bayern im Regelfall entschieden aufgrund des Sachvortrags des Petenten und einer Stellungnahme der Staatsregierung. Die eigentliche parlamentarische Kontrolle kommt zu kurz.

Ähnliches gilt für das Recht der Untersuchungsausschüsse. Längst zweifelt niemand mehr daran, daß es für das Funktionieren des modernen Parteienstaats zwar zunächst auf die Kontrollrechte des gesamten Parlaments, vor allem aber auf die Rechte der oppositionellen Minderheiten ankommt. Überall wurden und werden aus dieser Erkenntnis Folgerungen



gezogen, in Bayern nicht. Bayern kennt kein Beweisantragsrecht der Minderheit in einem Untersuchungsausschuß. Das bedeutet: Die Mehrheitspartei bestimmt den Umfang der Kontrolle der eigenen Regierung. Wer so sicher im Sattel sitzt, wie die CSU in Bayern, erliegt leicht der Versuchung, das Selbstverständnis des Parlaments hintanzustellen und im parteipolitischen Interesse Untersuchungen jedenfalls dann, wenn sie peinlich werden, zu unterbinden, zu verzögern, zu erschweren. Der jüngste Untersuchungsausschuß zur bayerischen Staatsschutzaffäre Langemann liefert plastisches Anschauungsmaterial. Nicht einmal der von SPD und FDP gemeinsam formulierte Untersuchungsauftrag wurde von der CSU unverändert angenommen. Länger als einen Tag mußte der Geschäftsordnungsausschuß tagen, um eine der CSU genehme Fassung zu erarbeiten. Im Ausschuß selbst drückte die CSU-Mehrheit ein Verfahren durch, mit dem sichergestellt wurde, daß die für sie heikelsten Themen erst verspätet oder gar vor der Landtagswahl überhaupt nicht mehr behandelt wurden. Und als es dann ans Eingemachte ging, erzwang die CSU die Unterbrechung der Untersuchung.

Bei all dem tut sich die CSU leicht. Kann sie sich doch stets auf die Rückendeckung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs verlassen. Wer weiß, wie man in Bayern Verfassungsrichter wird, wundert sich nicht. In Bayern werden nämlich im Unterschied zur Regelung beim Bund und in anderen Ländern die Richter des Verfassungsgerichtshofs - dies gilt für Berufs- und ehrenamtliche Richter - mit einfacher Mehrheit des Landtags gewählt. Und nicht nur mit einfacher Mehrheit des Landtags, sondern auch auf Vorschlag der Staatsregierung, soweit es berufsmäßige Richter angeht. Ehrenamtliche Richter können auch Landtagsabgeordnete sein. Sie sind es vielfach auch. Diese ehrenamtlichen Richter wirken dann bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen der Mehrheit und der Minderheit des Bayerischen Landtags mit, so auch im Fall des Streits wegen des "UA Langemann".

In der Einstellung zur Bundesregierung hat für die Bayerische Staatsregierung in der öffentlichen Diskussion die Konfrontation absoluten Vorrang. Mit welcher rein machtpolitisch orientierter Kompromißlosigkeit Strauß zum Beispiel die finanzwirtschaftlichen Vorlagen der Koalition bekämpft, zeigen seine jüngsten Äußerungen zum Sanierungspaket der Bundesregierung. Die von der CSU immer wieder angestrebte totale Blockadepolitik im Bundesrat ist letztlich Ausfluß der Sonthofener Strategie und schadet der Demokratie in der Bundesrepublik. Daß sich die Bayerische Staatsregierung ihrerseits beharrlich weigert, der Öffentlichkeit neue Eckdaten für ihren bevorstehenden Doppelhaushalt 1983/84 vorzulegen und damit die in Zukunft auch in Bayern notwendig werdenden Einschnitte verschweigt, auf der anderen Seite aber fast täglich die Vorlage neuer Eckwerte vom Bund für seinen Haushaltsentwurf '83 fordert, ist exemplarisch für die unredliche und doppelzüngige Politik der CSU.

In Bayern ist das Verhältnis der SPD zur FDP von einer sachlichen, in wesentlichen Fragen übereinstimmenden Zusammenarbeit gekennzeichnet. Dies kann nicht überraschen, da in Fragen der Landespolitik, insbesondere der Schul- und Kulturpolitik große Übereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Liberalen bestand und besteht. Deshalb ist aus bayerischer Sicht die landespolitische Haltung der FDP in Hessen unverständlich. Unbeschadet der weiteren Entwicklung wird davon ausgegangen werden können, daß auch künftig die Zusammenarbeit zwischen SPD und FDP in wesentlichen Sachfragen fortgesetzt werden kann. Selbstverständlich hat in der Vergangenheit die SPD die Hauptlast der Opposition im Bayerischen Landtag getragen. Dies zeigte sich insbesondere auch in den Untersuchungsausschüssen, die von der SPD inhaltlich vorbereitet und bis zum Abschluß einschließlich des Minderheitenberichts entscheidend getragen worden sind. (-/30.8.1982/vo-he/ca)

+ + +



Dokumentation

Der Vorsitzende der israelisch-deutschen Parlamentariergruppe in der Knesset, Dov Ben Meir, hat jetzt der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, auf deren Brief vom 11. Juni geantwortet, in dem sie den Einmarsch der Israelis im Libanon mißbilligt hatte. Wir geben den Wortlaut des Antwortschreibens wieder.

Aus tief empfundener Überzeugung eine überwältigende Einigkeit

Sehr verehrte Frau Renger!

Für Ihr Schreiben vom 11. Juni danke ich Ihnen sehr. Es tut mir außerordentlich leid, daß es mir nicht möglich war, Ihren Brief sofort zu beantworten, da wir alle mit den laufenden Entwicklungen an der Front sehr beschäftigt sind.

Wie Sie wissen, ist unsere Armee eine Reservistenarmee und so betrifft jeder Krieg praktisch jede Familie hierzulande unmittelbar.

Wichtiger jedoch ist, daß wir uns selbst über die unbestrittenen und landesweit anerkannten Ziele und Prinzipien dieses Krieges klar werden mußten.

Nun haben die beiden großen politischen Blöcke in der Knesset, Likud und Maarach, zusammen mit nahezu allen anderen kleinen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten für die Operation gestimmt, während eine kleine Zahl einzelner Knesset-Mitglieder - nämlich Mitglieder der Mapam und Shinui, sich der Stimme enthielten.

Diese überwältigende Einigkeit unseres Parlaments war auf die tiefempfundene Überzeugung zurückzuführen, daß die "Operation Shlom Hagallil" eine rein defensive Operation sei.

Leider dauern die Kämpfe noch an, während ich diesen Brief schreibe; es ist deshalb zu früh, ein endgültiges Urteil über den Ausgang dieser Operation abzugeben. Doch bin ich der Auffassung, daß in Anbetracht des massiven Propagandafeldzugs, der in der Absicht geführt wird, die Ziele der Operation, ihre Motive und Auswirkungen zu verzerren, einige Vorbemerkungen bereits zu diesem Zeitpunkt angebracht sind.

Israel wird vorgeworfen, ohne Provokation in ein souveränes Land einmarschiert zu sein. Der Libanon, von dem jedoch ein Teil von Syrern besetzt ist und andere Teile von terroristischen Streikkräften der PLO kontrolliert werden, wurde somit an der Ausübung seiner Souveränität gehindert. Der libanesischen Regierung ist nun schon seit Jahren nicht möglich, die von libanesischem Gebiet gegen Israel gerichteten bewaffneten Aggressionen zu verhindern. Daß die Welt die Präsenz bewaffneter PLO-Terroristen im Libanon, die sich offen zur Zerstörung des Staates Israel bekennen, als normal hinnimmt, kann von den Opfern der Aggressoren nicht toleriert werden.

So geht Israel mit Recht und unter strenger Einhaltung von Artikel 51 der UNO-Charta defensiv gegen libanesisches Territorium und gegen ausländische Truppen der (Syrer und der PLO) vor, die dieses Territorium besetzt halten.

Israel ist keineswegs am libanesischen Territorium selbst interessiert und - dieses erkläre ich in voller Übereinstimmung mit jedem Mitglied der Knesset - wir wollen keinen Zentimeter des libanesischen Territoriums. Wir möchten lediglich sicherstellen, daß das libanesisches Territorium nie mehr als Basis und Ausgangspunkt für Aggressionen gegen die Bürger Israels sowie gegen jüdische Persönlichkeiten und Institutionen in aller Welt benutzt wird.

Die von libanesischem Territorium gegen Isarel unternommenen bewaffneten Aggressionen und die massive Unterstützung, die von libanesischem Territorium aus den meisten terroristischen Bewegungen auf der ganzen Welt gewährt wurde, entsprechen weder dem Willen des libanesischen Volkes noch lagen sie in seinem Interesse, sie waren vielmehr das Ergebnis einer tatsächlichen gewaltsamen Beherrschung durch die PLO und Syrien. Nun hofft man, daß die militärischen Operationen Israels, die auf beiden Seiten viele Menschenleben gefordert haben, dem libanesischen Volk endlich Gelegenheit geben werden, eine



bedeutungsvolle Zentralregierung zu bilden, die zur Kontrolle des Landes und zur Führung der Staatsgeschäfte in der Lage ist. Israel wäre sehr daran interessiert, mit solch einer Regierung einen Friedensvertrag abzuschließen. Die Bildung einer libanesischen Regierung ist jedoch nicht Sache Israels und Israel wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Libanon einmischen. Solange die libanesischen Zentralregierung nicht in der Lage ist, Israel die für seine eigene nationale Sicherheit erforderlichen Garantien zu geben, erwartet Israel von der Völkergemeinschaft oder zumindest von jenen Mitgliedsstaaten der Völkergemeinschaft, die aufrichtig an der Sicherheit und dem Wohlergehen Israels interessiert sind, daß sie eine internationale Truppe als Puffer aufstellen, um erneute Angriffe auf unsere Siedlungen und Städte im Norden des Landes zu verhindern, deren Zivilbevölkerung gezwungen war, viele Tage und Wochen in unterirdischen Schutzräumen zu verbringen, um die Verluste zu vermeiden, die die PLO ihr durch massiven Artillerie- und Katjuschabeschuß beibringen wollte.

Die israelischen Streitkräfte insgesamt und jeder einzelne Soldat wurden vor dieser Operation ausdrücklich angewiesen, die Zivilbevölkerung und den zivilen Besitz zu schonen, und eine ganze Reihe israelischer Soldaten opferte ihr Leben, um solche Verluste zu vermeiden. Bisher ist kein einziger Fall bekannt geworden, in dem Zivilisten mit Absicht getötet wurden. Trotzdem bezahlten die Zivilisten die teuflischen Pläne und Taktiken der PLO, die ihre Hauptquartiere und ihre Munitionslager inmitten dichtbesiedelter Wohngebiete anlegte, unglücklicherweise mit dem Leben. So wurden bei Angriffen auf diese Munitionslager und getarnten Stützpunkte in einigen Fällen unschuldige Passanten in Mitleidenschaft gezogen. Verantwortlich für diese zivilen Opfer sind eindeutig die PLO-Verbrecher, die Sportstadien sowie Kirchen und Cotteshäuser als Munitionslager und Schulen als Militärlager benutzten.

Ferner kämpften viele PLO-Vertreter ohne Uniformen oder zogen diese bei der erstbesten Gelegenheit aus und mischten sich unter die Zivilbevölkerung. So war es sehr schwierig, zwischen PLO-Terroristen und Zivilisten zu unterscheiden, und es wird wahrscheinlich viele Wochen dauern, bis genau festgestellt ist, wer an terroristischen Aktivitäten und an Kampfhandlungen beteiligt und wer ein unschuldiger Zivilist war.

Es ist bedauerlicherweise wahr, daß viele Zivilisten getötet oder verwundet wurden oder infolge dieser Operationen flüchten mußten. Israel unternimmt gegenwärtig große Anstrengungen, das daraus entstandene Leid zu lindern; allen libanesischen Krankenhäusern, die in den von den israelischen Streitkräften kontrollierten Gebieten liegen, wird zur Erfüllung ihrer humanitären Aufgaben medizinische Hilfe angeboten. Hunderte von Libanesen, darunter aktive Mitglieder der PLO, werden gegenwärtig in israelischen Krankenhäusern behandelt. Mit Entschlossenheit werden Bemühungen zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Zivilleben im Libanon unternommen, und zwar nicht durch israelische Befehlshaber, sondern durch die Wiedereinführung des libanesischen Rechts, sowie gerichtlicher und ziviler Institutionen, die viele Jahre lang ihre Funktionen nicht erfüllen konnten, da diese Gebiete praktisch von der PLO und Syrien kontrolliert wurden. Tausende von Flüchtlingen haben nun endlich die Möglichkeit, in ihre Häuser und Wohnungen im Südlibanon zurückzukehren, aus denen sie von der PLO mit Gewalt vertrieben worden waren. Viele Libanesen aller Glaubensrichtungen und Gemeinschaften sind ferner von Norden nach Süden unterwegs; sie fliehen nicht vor den israelischen Streitkräften sondern flüchten sich, von den israelischen Streitkräften unterstützt, in die von unserer Armee kontrollierten Gebiete. Endgültige Zahlen über die Flüchtlinge, Getöteten und Verwundeten liegen noch nicht vor. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die von feindlichen Propagandaapparaten verbreiteten Zahlen das Produkt bössartiger, niederträchtiger Propaganda sind, und ich wage hier zu behaupten, daß die Zahl der Opfer insgesamt niedriger ist als die der durch die Palästinenser 1975 in Damour allein niedergemetzelten Christen oder die der palästinensischen Opfer des von den Syrern angerichteten Blutbads in Tel El Zatar, die keinen Schrei der Entrüstung in der zivilisierten Welt hervorriefen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die von einer interessierten Quelle angegebene und von einer angesehenen internationalen Organisation ohne weitere Prüfung übernommene Flüchtlingszahl übersteigt bei weitem die gesamte Einwohnerzahl des infrage stehenden Gebiets.

Beim Vormarsch der israelischen Streitkräfte kamen die Grauertaten, die die PLO in den vormals von ihr kontrollierten Gebieten begangen hatte, in vollem Umfang ans Licht. Dies trifft nicht nur auf die während des sogenannten Bürgerkrieges von 1975-1976 verübten



Massaker sondern auch für die unmenschliche Behandlung der Zivilbevölkerung in den darauffolgenden Jahren zu. Unzählige Berichte über Vergewaltigung und Gewaltanwendung, über Raub und gewaltsame Vertreibung wurden bekannt. So dürfte es nicht überraschen, daß die israelischen Streitkräfte in den meisten Ortschaften als Befreier begrüßt wurden.

Sehr verehrte Frau Renger, die vorgenannten Tatsachen stellen immer noch den nationalen Konsens dar. Wie Ihnen bekannt ist, entbrannte jedoch in den letzten beiden Wochen ein interner Streit darüber, ob die Entscheidung, bis zur Beirut-Damaskus-Straße und nach Beirut vorzurücken, klug war und die Opfer auf beiden Seiten rechtfertigte.

Die wichtigste oppositionelle Fraktion der Knesset hatte sich von Anfang an gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen, und ich kann nun sagen, daß sich die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels diese Auffassung zu eigen gemacht hat. Dies haben die jüngsten Anfang Juli durchgeführten Meinungsumfragen gezeigt, in denen 83 Prozent der Bevölkerung die Operation befürworteten, während 68 Prozent sich gegen unseren Einmarsch in Westbeirut aussprachen.

Wie Sie sehen, ist die Leitung einer militärischen Operation in einer Demokratie wie Israel nicht leicht, wo jede militärische Maßnahme nicht nur von der Opposition, sondern auch von Hunderten von Fernsehkameras in der ganzen Welt unter die Lupe genommen wird.

Ich möchte hinzufügen, daß Frau Margaret Thatcher klüger gehandelt hat, indem sie allen Medien die Berichterstattung über die Falkland-Inseln einfach untersagte ungeachtet dessen, daß auch ihre Armee die Hauptstadt der Falkland-Inseln belagerte, als 15.000 argentinische Soldaten 1.500 Zivilisten der Falkland-Inseln als Geiseln festhielten. Leider habe ich nirgendwo auf der ganzen Welt auch nur eine einzige Stimme gehört, die von Frau Thatcher verlangt hätte, von diesem Angriff auf Stanley abzusehen, um das Leben von diesen 1.500 Zivilisten nicht zu gefährden.

Ich schlage ferner vor, mit Herrn Soares und Graf von zusammenzutreffen,
um sich - als Gegengewicht zu der unerhörten Verurteilung der Libanon-Operation - direkt über deren persönliche Ansichten und Eindrücke zu informieren.

Schließlich glaube ich, daß es für Sie und einige andere Mitglieder der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe sehr aufschlußreich wäre, Israel zu besuchen und sich selbst davon zu überzeugen, was in unserer Region geschehen ist und noch geschieht. Wir würden uns sehr freuen, Sie hier zu einem Ihnen genehmen Zeitpunkt begrüßen zu können.

Darf ich Sie bitten dieses Schreiben den anderen Mitgliedern der Gruppe weiterzugeben und mir mitzuteilen, ob weitere Informationen über die Operation gewünscht werden.

Dov Ben Neir, M.K.

Vorsitzender

Israelisch-Deutsche Parlamentariergruppe

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

